

Die GEW will den Tarifabschluss nicht hinnehmen – nun kommen wohl weitere Warnstreiks. Das Bild stammt aus Hamburg. Archivfoto: dpa

„Teures Wahlgeschenk“

ÖFFENTLICHER DIENST Tadel für Regierung vom Steuerzahlerbund, Lob vom Beamtenbund

Von Markus Lachmann

MAINZ. Gewerkschafter kritisieren ja gerne. Aber diesmal möchte der Beamtenbund (dbb) ausdrücklich nicht nur nörgeln. „Ein ausdrückliches Lob“ spricht denn auch die rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Lilli Lenz der Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) aus. Denn diese habe ihr Versprechen, Übernahme des Ergebnisses im Öffentlichen Dienst für die Landesbeamten, gehalten.

Rückwirkend zum 1. März sollen die Beamtengehälter in Rheinland-Pfalz angehoben werden. In den vergangenen Jahren war die Erhöhung auf ein Prozent gedeckelt. Die 2,1 Prozent kommen aber nicht oben drauf, sondern werden mit dem einen Prozent verrechnet. Januar und Februar bleiben außen vor. „Der Abschluss ist gut, der Himmel hängt aber

nicht voller Geigen“, urteilt Lenz. Fürs Nörgeln ist die Opposition im Mainzer Landtag zuständig. CDU-Fraktionsvize Christian Baldauf spricht von einem offensichtlichen „Wahlgeschenk“ von Rot-Grün. „Allerdings werden die Beamten nie mehr aufholen, was ihnen in den vergangenen Jahren entgangen ist.“

Urteil am 5. Mai

2011 beschloss die Landesregierung, die Erhöhung der Beamtengehälter auf ein Prozent Erhöhung pro Jahr zu deckeln. Dagegen hatte der Leiter der Koblenzer Staatsanwaltschaft, Harald Kruse, geklagt. Nun wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 5. Mai erwartet. Die Opposition mutmaßt, es gebe einen zeitlichen Zusammenhang zwischen Geldsegen und dem Urteil. Und dass

es Rot-Grün im kommenden Wahlkampf nur gelegen kommen kann, wenn die Landesbeamten kurz vor dem Wahltag 2016 einen ordentlichen Zuschlag erhalten, ist nicht von der Hand zu weisen.

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) macht sich Sorgen um den Landeshaushalt, der unter dem Diktat der Schuldenbremse steht. Bayern und Hamburg, so BdSt-Landesgeschäftsführer René Quante, würden sich eine 1:1-Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten leisten können. „Das finanzschwache Rheinland-Pfalz kann es nicht. Mit dem vorzeitigen Lüften des Deckels wird den Beamten nun ein besonders teures Wahlkampfgeschenk gemacht.“ Quante fordert vom Land eine solide Gegenfinanzierung. Zusätzliche Schulden in dreistelliger Millionenhöhe gingen nicht.

Die Übernahme des Tarifabschlusses für die rheinland-pfälzischen Beamten verursacht laut Finanzministerin Doris Ahnen (SPD) in diesem Jahr 110 Millionen Euro Zusatzkosten und im kommenden Jahr 220 Millionen Euro. Die Ministerin betont, dass sie diese Mehrkosten im Haushalt des Landes „abbilden“ kann.

Renitent zeigt sich weiter die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die unter

anderem 8000 nicht-verbeamtete Lehrer und 2500 pädagogische Fachkräfte vertritt. Die GEW hat dem Tarifabschluss nicht gänzlich zugestimmt und kündigt weitere Warnstreiks an, auch in Rheinland-Pfalz. „Wir sind streikbereit“, sagt der GEW-Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer im Gespräch mit dieser Zeitung.

GEW renitent

Die GEW kämpft für eine bessere Eingruppierung der angestellten Lehrer, damit diese genauso bezahlt werden wie die Beamten-Lehrer. Was von den Ländern bei den Verhandlungen in Potsdam vorgelegt worden sei, könne nur noch als „Frechheit“ bezeichnet werden, so Hammer. „30 Euro brutto monatlich ab 1. August 2016, und das nur für einen Teil der angestellten Lehrkräfte. Das ist die Tinte unter dem Vertrag nicht wert.“

Hammer kann nicht nachvollziehen, dass der Beamtenbund an dieser Stelle mitgegangen ist. Lilli Lenz räumt ein, dass ihr Verband hier „Bauchweh“ gehabt habe. Aber irgendwann habe man den Knoten auch mal durchschlagen müssen, so die dbb-Landesvorsitzende. „Das ist nicht prickelnd, aber ein Anfang.“

MEHR GELD

► Wie berichtet, bekommen die rund 800 000 Angestellten der Länder in diesem und im nächsten Jahr deutlich mehr Geld, müssen aber für ihre betriebliche Altersvorsorge mehr zahlen. Die Gehälter werden rückwirkend zum 1. März 2015 um 2,1 Prozent erhöht. Auf diese bereits

angehobenen Einkommen werden dann zum 1. März 2016 nochmals 2,3 Prozent, mindestens aber 75 Euro draufgeschlagen. Darauf verständigten sich die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und die Gewerkschaften am Wochenende in Potsdam.

